



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Wohnraumkapazitäten und Beratungsangebote für Studierende ausbauen – einen gemeinsamen Hochschulsozialpakt voranbringen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für einen Hochschulsozialpakt zwischen Bund und Ländern einzusetzen. Bei der Konzeption sollen die Forderungen des Deutschen Studentenwerks Berücksichtigung finden. Dabei soll vor allem die Finanzierung von bezahlbarem Wohnraum in Form von Studentenwohnheimen sowie der Ausbau der Beratungsangebote für Studierende im Mittelpunkt stehen.

In diesem Zusammenhang soll darüber hinaus überprüft werden, inwieweit die finanzielle Beteiligung Bayerns an einem Hochschulsozialpakt mit Mitteln bestritten werden kann, die durch den Wegfall der BAföG-Mitfinanzierung durch die Übernahme von Seiten des Bundes eingespart werden können.

Begründung:

Bayern ist ohne Zweifel ein attraktiver Hochschulstandort, der sich durch vielfältige Spitzenleistungen in Wissenschaft und Forschung sowie durch ein breites Lehrangebot aller Hochschulen auszeichnet. Die Ludwigs-Maximilians-Universität und die Technische Universität München beispielsweise zählen zu den Exzellenzuniversitäten und werden daher speziell gefördert. Aufgrund dieser hervorragenden Arbeit der bayerischen Hochschulen kommen Studierende aus der ganzen Welt nach Bayern, um hier ihr Studium zu absolvieren. Allerdings stellt die Wohnungssuche nationale sowie internationale Studierende häufig vor große Herausforderungen. Der Wohnraum in urbanen Gegenden wird zunehmend teurer und knapper. Aus

diesem Grund sind viele Studentinnen und Studenten auf der Suche nach preisgünstigen und finanzierbaren Wohnungen. Trotz finanzieller Unterstützung, z. B. durch BAföG oder durch zusätzliche Einnahmen aufgrund eines Nebenjobs, sind die Mieten für viele Studierende in den bayerischen Studentenstädten nur schwer finanzierbar. In München beispielsweise liegt der Preis für ein WG-Zimmer mit 570 Euro pro Monat, circa 200 Euro über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Im BAföG sind allerdings nur 250 Euro für die Miete vorgesehen.

Um den Studierenden eine kostengünstige Unterbringung zu ermöglichen, bieten die Studentenwerke Zimmer in Studentenwohnheimen an. Die Kosten für ein solches Zimmer orientieren sich dabei an der Wohnungspauschale des BAföG. So wird es auch Studierenden aus einkommenschwachen Verhältnissen ermöglicht, während ihres Studiums preisgünstig zu wohnen und ihre ganze Energie in ihr Studium investieren zu können. Allerdings übersteigt die Nachfrage an Zimmern in Studentenwohnheimen schon lange das vorhandene Angebot. Häufig sind mindestens drei bis vier Semester Wartezeit notwendig, um überhaupt einen der begehrten Plätze in einem entsprechenden Wohnheim zu ergattern. Mit 390.000 Studierenden ist die Zahl der Studierenden zum aktuellen Wintersemester erneut gegenüber dem Vorjahr gewachsen und zwar um etwa 10.000. Darunter befinden sich rund 77.000 Erstsemester. Damit wurden die Erwartungen der Studierendenkanzleien zum Wintersemester 2017/2018 sogar übertroffen, die bis noch vor wenigen Monaten mit lediglich 69.000 neuen Einschreibungen rechneten. Mit den derzeit 38.000 staatlich geförderten Wohnheimplätzen können lediglich 10 Prozent des eigentlichen Bedarfs gedeckt werden. Die Zahlen sprechen folglich für sich, denn der derzeitige Ausbau der Studentenwohnheime kommt der Nachfrage schlichtweg nicht hinterher. Weitere Maßnahmen müssen dringend ergriffen werden. Um eine ausreichende Anzahl von preisgünstigem Wohnraum bereitstellen zu können, ist eine verstärkte Finanzierung der Studentenwerke dringend notwendig. Denn diese leisten mit der Bereitstellung von Studentenwohnheimen einen wesentlichen Beitrag zu einer kostengünstigen Unterbringung der Studierenden. Ein gemeinsamer Hochschulsozialpakt zwischen Bund und Ländern könnte eine mögliche Option darstellen, ein Förderprogramm zur Schaffung von günstigem Wohnraum ins Leben zu rufen.

Dem aber nicht genug, würde sich ein solcher Pakt auch dafür anbieten, den Ausbau von Beratungsangeboten voranzubringen. Bei der letzten Sozialerhe-

bung des Deutschen Studentenwerks gaben 61 Prozent der Befragten an, sowohl bei privaten als auch bei studienbezogenen Themen Beratungsbedarf zu haben. Rund ein Drittel der Studentinnen und Studenten sprach zudem von „großen Schwierigkeiten oder Belastungen“ mit denen er oder sie zu kämpfen hätten. Dabei spielen vor allem Probleme wie mangelndes Selbstwertgefühl, Konzentrationsschwierigkeiten und Prüfungsangst eine große Rolle. Aus diesem Grund nutzen ungefähr 47 Prozent der Studierenden an Universitäten und 43 Prozent an Hochschulen entsprechende Angebote. Der Beratungsbedarf ist über die vergangenen Jahre kontinuierlich gestiegen. Termine sind heiß begehrt und eine individuell umfassende Beratung ist oft aus Mangel an entsprechendem Personal nicht immer zu gewährleisten. Dies zeigt, dass neben dem Ausbau der Wohnkapazitäten auch ein Ausbau der Beratungsangebote notwendig erscheint, der in Form eines Hochschulsozialpakts Gestalt annehmen könnte.

Nach Schätzungen des Deutschen Studentenwerks müssten im Rahmen eines derartigen Förderprogramms 800 Mio. Euro an Zuschüssen für die Schaffung von neuen Wohnheimplätzen sowie Investitionszuschüsse in Höhe von 650 Mio. Euro für die Sanierung von bereits bestehendem Wohnraum zur Verfügung gestellt werden. In diesem Zusammenhang soll deswegen ebenfalls überprüft werden, inwieweit die finanzielle Beteiligung Bayerns an einem Hochschulsozialpakt mit Mitteln bestritten werden kann, die durch den Wegfall der BAföG-Mitfinanzierung durch die Übernahme von Seiten des Bundes eingespart werden können. Insgesamt haben die Länder aufgrund dieser Reform 1,2 Mrd. Euro mehr Geld zu Verfügung, welches, nach Wunsch von Bundesministerin für Bildung und Forschung, Johanna Wanka, den Hochschulen und den Studierenden zugutekommen soll.